



RFW-BO Amann: Antikorrup-tionsgesetz ist überzogen Seite 3

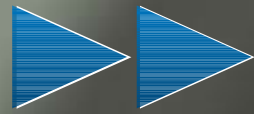


RFW-Steiermark: Tag der offenen Tür in der neuen Landesgeschäftsstelle Seite 13

Wirtschaft aktiv

RING FREIHEITLICHER WIRTSCHAFTSTREIBENDER

Nr. 1/2009



**RFW-Landesobmann
Dr. Erich Schoklitsch**

**Fehlende Strategie der Regierung
treibt die kleinen und mittleren
Unternehmen in die Krise**



Matthias Krenn:
„Dieses Gesetz ist ein logistischer Müllhaufen!“

RFW Krenn: Nichtraucherschutz-Gesetz aussetzen

Für eine sofortige und totale Aussetzung des Nichtraucherschutz-Gesetzes für die Gastronomie spricht sich Matthias Krenn, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW) aus: „Dieses Gesetz ist für die heimischen Gastronomiebetriebe in der praktischen Umsetzung ein logistischer Müllhaufen. Deshalb fordern wir die Aussetzung der Beschlüsse für die Gastronomie, bis es zu einer gesamt-europäischen Lösung kommt.“ Die Krux an diesem Nichtraucherschutz-Gesetz ist vor allem, dass die große Koalition mit dieser typisch

österreichischen Regelung die heimischen Unternehmer durch die verordneten Umbaumaßnahmen noch zusätzlich in finanzielle Unkosten stürzt. Und das alles im Wissen, dass ohnehin bald eine europäische Lösung kommen wird. Für Vizepräsident Krenn und den gesamten RFW ist daher eine komplette Aufhebung des Gesetzes für die Gastronomie unumgänglich: „Bis es zur europäischen Lösung kommt, sollen Hotellerie und Gastronomie auf freiwilliger Basis entscheiden können. Die öffentlichen Bereiche sind sowieso schon jetzt rauchfrei zu gestalten, was natürlich auch so bleiben muss“, so Matthias Krenn abschließend.

WK-Vizepräsident Matthias Krenn:

RFW fordert mehr Budgetmittel für touristische Werbemaßnahmen!

Im Hinblick auf mögliche Folgewirkungen der Finanzkrise, ist es unumgänglich, einem der bedeutendsten Wirtschaftszweige Österreichs, nämlich der Tourismuswirtschaft, mit sofortigen nachhaltigen Maßnahmen unter die Arme zu greifen. „Deshalb fordern wir vom RFW antizyklische Werbemaßnahmen der Österreich Werbung (ÖW) gemeinsam und in Zusammenarbeit mit den Landestourismusorganisationen noch vor der Sommersaison 2009“, so Matthias Krenn, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW).

Die dafür erforderlichen Budgetmittel sollen laut Krenn von den „Besitzern“ der ÖW mitgetragen werden: „Im Umfeld einer schwie-

riger werdenden Konjunktursituation müssen kräftige antizyklische Maßnahmen schon jetzt für die Sommersaison '09 gesetzt werden, vor allem in Österreich und bei denjenigen Nachbarländern, die innerhalb einer Tagesreise mit dem PKW in unser schönes Urlaubsland kommen können“, erklärt WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn, der auch Mitglied des ÖW-Präsidiums ist, weiter seine Forderungen.

Die heimische Tourismuswirtschaft ist und bleibt eines der wichtigsten Wirtschaftsstandbeine im Land: „Die österreichischen Tourismusunternehmer bleiben im Land und wandern nicht in Billigländer ab. Deshalb muss der Tourismus auch in diesen schwieriger werdenden Wirtschaftszeiten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln rasch und effizient unterstützt werden, letztlich geht es auch hier um den



Matthias Krenn:
„Antizyklische Werbekampagnen mit zusätzlichen Budgetmitteln für die heimische Tourismuswirtschaft unumgänglich!“

Erhalt von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen. Jeder Arbeitsplatz im Tourismus generiert laut einer wissenschaftlichen Studie zwei weitere Arbeitsplätze im gewerblichen Umfeld des Tourismus“, betont Krenn abschließend die Wichtigkeit dieser Forderung.



RFW - Bundesobmann
Fritz Amann:

„Gerade in der Wirtschaftskrise wird auch noch das Geldausgeben in die heimische Wirtschaft per Gesetz verhindert.“

„Handel und Tourismus zahlen die Zeche!“

B0 Fritz Amann kritisiert überzogenes Antikorruptionsgesetz!

Natürlich muss alles gegen mögliche Korruption unternommen werden. Dazu braucht es auch klare Regeln sowie einen durchsetzbaren Strafvollzug, um diese Form der Kriminalität im Keim zu ersticken. Was es aber nicht braucht, sind Vorschriften, die es Unternehmen und vor allem KMU's künftig unmöglich machen, Geschäftsanbahnung in einem wirtschaftlich gerechtfertigten Maß zu tätigen.

Bundesobmann Amann dazu: „Im Blickpunkt stehen Weihnachtsgeschenke sowie Einladungen zu Geschäftsessen und Sport- und Kulturveranstaltungen. Nach dem Antikorruptionsgesetz ist nur mehr ein geringfügiger Wert unbedenklich und das nur für private Geschäftspartner und Angestellte. Laut OGH wird die Grenze der Ge-

ringfügigkeit bei einem Betrag von EURO 100.- angesetzt. Für Amtsträger gilt diese Geringfügigkeitsgrenze ohnehin nur dann, wenn kein Konnex zu einer Amtshandlung hergestellt werden kann. Mit dieser strengen Auslegung des Gesetzes wird es in Zukunft nun kaum möglich sein, betriebswirtschaftlich vertretbare Geschäftsanbahnungen durchzuführen. Für mich völlig unverständlich, dass man in der Wirtschaftskrise auch noch Geldausgaben in heimische Wirtschaft gesetzlich beschneidet.“

Dieses Gesetz richtet sich nicht nur an die falsche Klientel, nein es schwächt zusätzlich den Handel und Tourismus. Die Absetzbarkeit für Geschäftsessen beträgt ohnehin nur 50 Prozent. Diese jetzt auch noch mit maximal EURO 100.- zu

beschränken, ist fast schon wirtschaftsschädigend.

Aber auch Kultur- und Sportveranstaltungen werden die Zeche für die überschießende Gesetzgebung zahlen müssen, denn kein Wirtschaftsbetrieb wird es sich in Zukunft leisten können, seine Kunden zu Kultur- und Sportevents einladen zu können. Besonders betroffen sein wird auch der Handel, der nun einmal vom Weihnachtsgeschäft lebt, aber das scheint der Bundesregierung völlig egal zu sein, so Amann.

Er hätte sich ein Antikorruptionsgesetz erwartet, welches geeignet ist, Korruption und Freunderlwirtschaft zu bekämpfen, aber nicht dazu dient, die Wirtschaft mit kleinkarierten Maßnahmen in ihrem ureigensten Handeln zu behindern.



RFW-Landesvorstandsmitglied Bernhard Rößl ist dem Ruf des FPÖ-Tourismussprechers im Parlament, NAbg. Mag. Roman Haider gefolgt und hat am 24. und 25. März beim Tourismus-Arbeitskreis im Parlament erfolgreich mitgewirkt.

RFW-Steiermark Maßnahmenpaket für den Tourismus

Beim FPÖ-Tourismussprechers im Parlament wurden viele Themen zur Verbesserung für den Tourismus und die gastronomischen Betriebe bearbeitet. Einige besondere Anliegen des RFW-Steiermark hat Bernhard Rößl aus seiner Sicht ins Programm eingebracht.

- Evaluierung der Arbeitsmöglichkeiten für Lehrlinge
- Anhebung der Pauschalierung auf Euro 400.000,- und zugleich Anhebung der Aufzeichnungspflicht auf den gleichen Betrag
- Anhebung der Intervalle der Betriebsevaluierungen nach den ersten 4 Jahren auf alle 5 Jahre, wenn im Betrieb keine außer natürlichen Veränderungen stattfinden

- Entschärfung des Lebensmittelgesetzes für Klein- und Mittelbetriebe und nicht nur Ausnahmeregelungen, die beim Bekochen von Nachmittagsbetreuungen laut Gesetzgeber wegfallen.
- praxisnahe Anmeldepflichten bei Aushilfen

Außerordentlich erfreut war Bernhard Rößl über den Vorschlag der Gründung einer Schutzgemeinschaft zur Erhaltung der österreichischen Wirtshauskultur.

Dieser Verein setzt sich als Ziel, kleine und mittlere gestandene österreichische Betriebe mit geschichtlichem Hintergrund zu unterstützen.

Angedacht sind: Erleichterungen

bei baulichen Vorschriften wie z. B. bei der kommenden Vorschreibung der Barrierefreiheit oder dem neuen Rauchergesetz, Stärkung der Betriebe durch zusätzliche Förderungen, wenn sie traditionell österreichische Gasthauskultur weiterverfolgen und vieles mehr.

Weitere Zusammentreffen sind angedacht, um durch aktive Mitarbeit zu versuchen, auch in der Zukunft Anträge zu formulieren, um den Tourismus sowie die Gastronomie für die kommende doch schwierige Zeit zu unterstützen.

Bernhard Rößl versucht vor allem die Sorgen der Wirtinnen und Wirte, die hautnah am Geschehen sind, zu dokumentieren und einzubringen.

RFW-Landesobmann Dr. Erich Schoklitsch warnt:

Fehlende Strategie der Regierung treibt die Klein- und Mittelunternehmen in die Krise

Lange Zeit waren die Klein- und Mittelunternehmen der stabile Faktor in der krisengebeutelten heimischen Wirtschaftswelt. Doch die Untätigkeit der Regierung treibt auch diese in die Krise. Fast die Hälfte der KMU musste bereits Mitarbeiter abbauen, jedes dritte plant Entlassungen, ebenso viele befürchten, diesen Schritt machen zu müssen.

Sie stellen 99 Prozent der österreichischen Unternehmen dar, sichern 1,85 Millionen Arbeitsplätze, haben sich als stabiler Faktor im krisengeschüttelten Österreich erwiesen und sind damit das Rückgrat der heimischen Wirtschaft – die Klein- und Mittelunternehmen (KMU). Doch das Rückgrat ist nun dabei zu brechen.

Das zeigt eine Umfrage der Creditreform Wirtschaftsauskunftei unter mehr als 1800 KMU, deren Ergebnisse alarmierend sind und die dauerlächelnden Spitzenvertreter der Bundesregierung aus ihrer Lethargie reißen muss. Demnach ist nun die Finanz- und Wirtschaftskrise im österreichischen Mittelstand angekommen: Die Einschätzung zur Geschäftslage ist dramatisch eingebrochen. Nur noch ein Drittel der Befragten spricht von einer sehr guten bis guten

Geschäftslage. Bei mehr als der Hälfte ist der Umsatz im vergangenen halben Jahr gesunken, fast 50 Prozent erwarten sinkende Einnahmen.

Das hat auch drastische Auswirkungen auf die Sicherheit der Arbeitsplätze, die auch die Sicherheit der Bevölkerung darstellen. Diese Umfrageergebnisse sind nur zum Teil auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zurückzuführen, die Hauptverantwortung liegt jedoch bei den Spitzenvertretern der Regierung. „Statt wirksame Strategien zu entwickeln und umzusetzen, versuchen sie, die Krise wegzulächeln“, kritisiert LO Dr. Erich Schoklitsch die Untätigkeit von Faymann, Pröll & Co.

„Die Umsetzung der geplanten Konjunkturpakete lässt nach wie vor auf sich warten, die einzige realisierte Maßnahme, die Förderung für die thermische Sanierung, ist ein Minimalprodukt mit enormen bürokratischen Hürden. Und die sogenannte Verschrottungsprämie ist im Gegensatz zur deutschen Abwrackprämie eine nicht ausgegorene Lösung“, warnt Schoklitsch davor, sich nach diesen kaum wirksamen Maßnahmen zurückzulehnen.



RFW-Landesobmann Dr. Erich Schoklitsch fordert:

Abgaben bei Dienstleistungen senken um den „Pfuscher“ zu bekämpfen

Gerade in der Rezession boomt der „Pfuscher“ in Österreich. Den Staat kostet das jährlich Milliarden, die anderswo dringend benötigt werden. Der steirische RFW-Landesobmann Erich Schoklitsch fordert, dass rasch wirksame Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit gesetzt werden: Unter anderem müsste die Abschreibemöglichkeit für verschiedene Dienstleistungen auch für Private bzw. eine Verringerung des Mehrwertsteuersatzes z.B. für Arbeiten des KFZ-Gewerbes oder bei Bauleistungen eingeführt werden.

Die anhaltende Wirtschaftskrise lässt die Schwarzarbeit florieren. Laut einer Studie des Market-Institutes ist für 41 Prozent der Österreicher „Pfuscher“ ein Kavaliersdelikt, etwa elf Prozent haben sich im vergangenen Jahr damit ihre Einkünfte aufgebessert. Eine weitere Studie zeigt, welches Ausmaß die Schattenwirtschaft bereits angenommen hat: Die Zahl der „Vollzeit-Inlandsschwarzarbeiter“ wird heuer in Österreich auf 713.000 Personen steigen, hat der Wirtschaftswissenschaftler Friedrich Schneider von der Johannes Kepler Universität

Linz erhoben (1995 betrug die Zahl noch 575.000). Sie „erwirtschaften“ etwa 8,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, das sind etwa 20,5 Milliarden Euro.

Dem Staat und damit der österreichischen Bevölkerung entgeht auf diese Weise Geld, das anderswo dringend benötigt wird. Also müssen rasch effektive Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit gesetzt werden, fordert der steirische RFW-Landesobmann Erich Schoklitsch. „Mit einer ‚Aktion scharf‘ bei den Kontrollen ist es nicht getan“, warnt er. Vielmehr müssen wirksame Gegenstrategien umgesetzt werden.

Schoklitsch fordert unter anderem die Abschreibemöglichkeit für verschiedene Dienstleistungen auch für Private bzw. eine Verringerung des Mehrwertsteuersatzes z.B. für Arbeiten des KFZ-Gewerbes oder bei Bauleistungen. Diese Maßnahmen animieren dazu, Aufträge „sauber“ zu vergeben, was eine Reihe von wichtigen positiven Effekten hat:

- Die öffentliche Hand erhält vermehrt die ihr zustehenden Abgaben, da Schwarzarbeit für Auftraggeber weniger attraktiv

wird. Dieses Plus an offiziellen Aufträgen gleicht das Minus beim Steuersatz bzw. bei den Abschreibungen leicht aus.

- Die Senkung der Schwarzarbeit sichert Arbeitsplätze und damit Einkommen und somit die Existenz der Beschäftigten und ihrer Familien.
- Mehr Sicherheit für den Kunden. Schließlich kann sich jemand, der etwas im „Pfuscher“ erledigen lässt, nicht auf den Konsumentenschutz (Gewährleistung, Garantieleistungen) berufen. Da kann anfängliches Sparen sehr schnell sehr teuer werden.

Die von Schoklitsch vorgeschlagenen gesetzlichen Regelungen haben in Ländern wie Finnland, Luxemburg und Deutschland bereits zu einer wesentlichen Verringerung des Anteils an Schwarzarbeit geführt.

„Im Sinne der österreichischen Wirtschaft wäre es gerade in diesen Zeiten dringend notwendig, alles zu tun, damit Unternehmen regulär zu Aufträgen kommen“, fordert Schoklitsch die Bundesregierung auf, rasch Möglichkeiten für derartige Erleichterungen zu schaffen.



Sommeraktion!
Für RFW-Mitglieder
15% Rabatt
auf den Listenpreis!

FAMIKA

G. Kainz

famika-kainz@aon.at

8142 Wundschuh, Dorfstraße 27

Tel. & Fax_ 03135/52593 • Mobil: 0664/5310397

Betrieb
Sport
Freizeit
Hobby

FAMIKA
... hilft immer!



Verbandstoffe | Pflaster

Betriebsbetreuung von Erste-Hilfe-Einrichtungen

Vorzeitige Abschreibung

Das Bundesministerium für Finanzen hat das Konjunkturpaket 2009 zur Begutachtung versandt. Mit diesem Gesetz soll die Konjunktur gestützt und ein Investitionsanreiz geschaffen werden. Für körperliche Anlagegüter, die im Kalenderjahr 2009 oder 2010 angeschafft oder hergestellt werden, soll es die Möglichkeit einer vorzeitigen Abschreibung geben. Diese ermöglicht im Jahr der Anschaffung eine höhere Abschreibung. Im Anschaffungsjahr können 30 Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten als Abschreibung abgesetzt werden. Allerdings wird in diesen 30 Prozent die „normale“ Abschreibung mit berücksichtigt. Die vorzeitige Abschreibung ist somit vor allem für Wirtschaftsgüter mit einer längeren Nutzungsdauer interessant. Bei einer zehnjährigen Nutzungsdauer beträgt die „normale“ Abschreibung zehn Prozent – für die vorzeitige Abschreibung verbleiben 20 Prozent. Beträgt die „normale“ Abschreibung z. B. 25 Prozent (Nutzungsdauer vier Jahre) ver-

bleiben für die vorzeitige Abschreibung nur noch fünf Prozent. Die Gesamtab Abschreibung beträgt maximal 100 Prozent – d. h. die vorzeitige Abschreibung in den Jahren 2009 oder 2010 reduziert die „normale“ Abschreibung am Ende der Laufzeit. In der Wirkung führt die vorzeitige Abschreibung nicht zu einer endgültigen Steuerersparnis, sondern nur zu einer Steuerstundung. Ausgenommen von der vorzeitigen Abschreibung sind z. B. Gebäude, Mieterinvestitionen, Pkws und Kombis (ausgenommen gewerbliche Personenbeförderung oder Fahrschulskraftfahrzeuge) und gebrauchte Wirtschaftsgüter.



Neuregelung der freiwilligen Arbeitslosenversicherung für Unternehmer

Mehr Schutz für die Unternehmer



Mit 1. Jänner 2009 ist das neue Modell der freiwilligen Arbeitslosenversicherung in Kraft getreten. Unternehmer können dadurch freiwillig in die Arbeitslosenversicherung eintreten und Arbeitslosengeld beziehen, wenn sie ihre unternehmerische Tätigkeit beenden

müssen. Die Entscheidung zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung bindet den Unternehmer jedoch für die Dauer von acht Jahren, d. h. ein vorzeitiger Austritt ist nicht möglich.

Der Eintritt in die freiwillige Arbeitslosenversicherung kann bis zum 31. Dezember 2009 erklärt werden. Wurde der Antrag vor dem 31. März eingebracht, beginnt die Arbeitslosenversicherung rückwirkend mit 1. Jänner zu laufen. Für Anträge nach dem 31. März beginnt sie jeweils im Folgemonat. Für den Fall, dass die Tätigkeit erst im Jahr 2009 begonnen wird, kann der Antrag innerhalb von sechs Monaten gestellt werden.

Wird die Antragsfrist versäumt, kann ein neuer Antrag erst wieder nach acht Jahren gestellt werden. Der Unternehmer kann zwischen drei monatlichen Beitragsgrundlagen wählen. Die einmal gewählte Beitragsgrundlage kann nachträglich nicht mehr geändert werden.

Bei einem monatlichen Beitrag in Höhe von 70,35 Euro beträgt das monatliche Arbeitslosengeld 566 Euro. Bei einem Beitrag von 140,70 Euro erhöht es sich auf 886 Euro und bei einem Beitrag von 211,05 Euro beträgt das monatliche Arbeitslosengeld 1221,00 Euro.

Informationen zu den Leistungen der Arbeitslosenversicherung gibt es im Internet unter www.ams.at.

Gewinne in den Betrieben lassen bringt mehr als die Konjunkturpakete!

RFW will **Steuerfreiheit** für nicht entnommene Gewinne

Der RFW-Bundesobmann Ing. Fritz Amann forderte den Finanzminister auf, alle Gewinne, welche im Betrieb bleiben, steuerfrei zu stellen, um damit das Eigenkapital der Betriebe und ihre Kreditwürdigkeit zu stärken.

Amann dazu: „Mit dieser Maßnahme könnte man mehr erreichen als mit halbherzigen Konjunkturpaketen oder Geldverschleuderungsaktionen wie der Verschrottungsprämie. Was die Betriebe wirklich brauchen, ist Eigenkapital, um über die Runden zu kommen. 2008 war ein hervorragendes Wirtschaftsjahr mit Rekordgewinnen. Dafür ist aber die Wirtschaft sprich Unternehmer und Arbeitnehmer verantwortlich und nicht die Politik.

Daher sollen auch jene davon profitieren und nicht der Finanzminister. Die Wirtschaft braucht keine Verteilungs- und Subventionspolitik, sondern Luft zum Atmen. Die hätte man jetzt, wenn man nicht wieder vom Finanzminister über Gebühr geschröpft würde.“

Auch wenn Pröll als gelernter Bauer davon ausgeht, dass die Wirtschaft nur mit Subventionen erfolgreich



Die Wirtschaft wieder in Fahrt bringen, das will der RFW. Eine Maßnahme zur Stärkung aller Betriebe wäre die Steuerfreiheit für nicht entnommene Gewinne. So kann man die Eigenkapitalbasis der Betriebe verbessern und somit die Krise abfedern. Diese Maßnahme wäre leicht und rasch umzusetzen.

funktionieren kann, so sollte er nun als Finanzminister den Hebel im Kopf umlegen und erkennen, dass die Privatwirtschaft aus Leistung, Innovation, ordentlicher Buchführung und Einsatz besteht. Die KMU's sind Leistungsträger und keine Subventionsempfänger. Jeder Euro, der einem ge-

nommen wird und dann über Umwege zurückkommt ist nur noch 10 Cent wert. Das muss auch für die selbsternannte Wirtschaftspartei ÖVP klar sein, und so kann die Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise nur die sein, dass alle im Betrieb belassenen Gewinne steuerfrei zu stellen sind.

Neue Zahlen bestätigen RFW-Forderung:

Versicherungspflicht für Freizeitunfälle muß kommen

Angesichts der täglichen Freizeitunfallmeldungen mit schweren Gesundheits- und Arbeitsausfallfolgen erneuert der RFW seine Forderung nach Versicherungspflicht von Freizeitunfällen.

Während die Wirtschaft die Arbeitsunfälle von Jahr zu Jahr senkt, steigen die Freizeitunfälle auf nunmehr über 60 Prozent und das macht alle Investitionen der Unternehmen zunichte. Die Wirtschaft wird um ihre Rendite ihrer Investition in die Sicherheit der

Arbeitsplätze betrogen. Das muss geändert werden, denn das hohe Verantwortungsbewusstsein der Unternehmer schreit förmlich nach einem gerechten Verteilungsmodell der Kosten für Unfälle nach dem Verursacherprinzip. Diese Zahlen können auch nicht länger von Arbeiterkammer und Gewerkschaft ignoriert werden.

Wer diese Kosten den Arbeitgebern in Zukunft noch aufbürden will, der handelt verantwortungslos und stellt sich so in einen totalen Widerspruch

zum geltenden Verursacherprinzip. Die Versicherungspflicht für Freizeitunfälle kann nur so funktionieren, dass der Dienstgeber- und Dienstnehmeranteil um den Betrag reduziert wird, der für eine solche Versicherungsprämie benötigt wird, damit keine zusätzlichen Kosten auf die Arbeitnehmer zukommen. Daher hat der Gesetzgeber aufgrund der vorliegenden Unfallsstatistik sofort zu handeln und die Versicherungspflicht für Freizeitunfälle sofort einzuführen.

Neuerungen im Steuerrecht

Gewinnfreibetrag ab 2010

Man unterscheidet zwischen Grundfreibetrag und investitionsbedingtem Freibetrag.

Der Grundfreibetrag steht von Amts wegen zu und wird bei der Veranlagung der Einkommensteuer für 2010 automatisch berücksichtigt.

Er beträgt 13 % vom Gewinn, aber maximal von 30.000 Euro (also maximal 3.900 Euro).

Der investitionsbedingte Freibetrag kommt nur dann zum Tragen, wenn der Gewinn über 30.000,- liegt.

Dann können vom darüberliegenden Teil des Gewinns ebenfalls 13 % Freibetrag geltend gemacht werden, wenn im entsprechenden Ausmaß investiert wird.

Für solche Investitionen in Frage kommen: abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (auch Gebäude) mit einer Nutzungsdauer von mehr als 4 Jahren oder begünstigte Wertpapiere.

Höchstsumme des Freibetrags (Grundfreibetrag plus Investitionsfreibetrag) ist 100.000 Euro.

Beispiel:

Gewinn 20.000,-: automatischer Grundfreibetrag 2.600,-

Gewinn 50.000,-:
Grundfreibetrag 3.900,- + Investitionsfreibetrag 2.600,-

Gewinn 120.000,-:
Grundfreibetrag 3.900,- + Investitionsfreibetrag 11.700,-

Der neue Gewinnfreibetrag steht allen natürlichen Personen zu, die betriebliche Einkunftsarten erzielen, also für Gewerbetreibende, Gesellschafts-Geschäftsführer, Freie Berufe etc.

Wer den Gewinn oder die Betriebsausgaben pauschaliert, kann allerdings nur den Grundfreibetrag in Anspruch nehmen.

Die Regelung gilt ab der Veranlagung 2010.

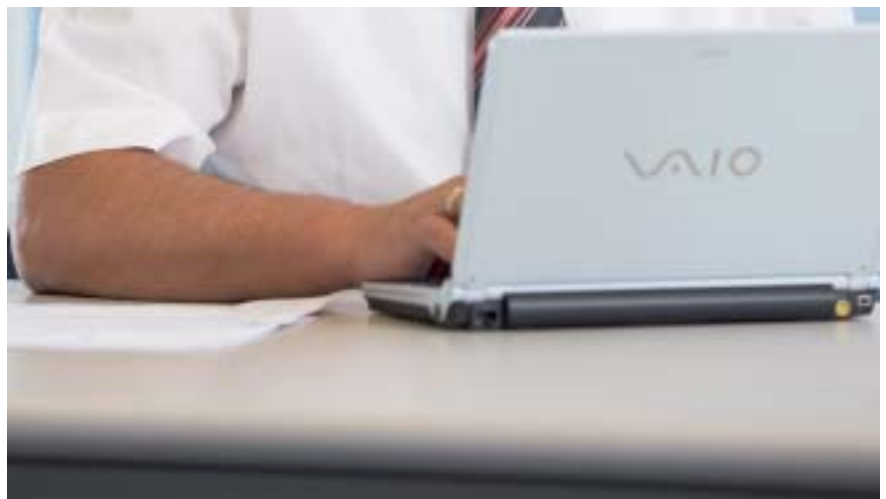
Der RFW empfiehlt, jedenfalls – insbesondere auch, was den Übergang von der bisherigen Begünstigung für nichtentnommene Gewinne auf die neue Regelung betrifft, mit Ihrem Steuerberater die Details zu klären.

UID-Abfragen: Die zwei Stufen

Seit Anfang Dezember 2008 steht für die Bestätigung der Gültigkeit einer Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (UID) neben der Stufe 1 auch die Stufe 2 über Finanzonline zur Verfügung (<http://finanzonline.bmf.gv.at>). Die UID-Nummer wird von den EU-Mitgliedstaaten den Unternehmern zugeteilt und dient dazu, die Unternehmereigenschaft nachzuweisen. Die richtige UID des Kunden im Binnenmarkt ist Grundvoraussetzung für die Steuerfreiheit der innergemeinschaftlichen Lieferungen. Es gibt zwei Informationsstufen. Beim einfachen Bestätigungsverfahren (Stufe 1) wird nur die Gültigkeit der vergebenen UID überprüft. Beim qualifizierten Bestätigungsverfahren (Stufe 2) wird die Gültigkeit der UID in Verbindung mit einem bestimmten Namen und einer bestimmten Adresse überprüft. Die Bestätigungsanfragen können entweder schriftlich,

mit Telefax oder telefonisch eingereicht werden beim UID-Büro des BMF (A 4975 Suben 25, Tel. 0810/005310, Fax Dw. 12). Die Bestätigung gilt als Beleg und muss aufbewahrt werden. Eine Anfrage nach Stufe 2 wird vor allem dann angebracht sein, wenn Zweifel an der Richtigkeit der Angaben des

Warenempfängers bestehen, wenn mit einem Geschäftspartner Geschäftsbeziehungen aufgenommen werden, bei Gelegenheitskunden und bei Abholfällen. Leider wird seitens der Finanz kein ausreichender Vertrauensschutz auf die Gültigkeit der Nummer gewährt.



Wirtschaftssprecher NAbg. Bernhard Themessl: Lohnnebenkostensenkung für Kleinbetriebe!

Angesichts des unabsehbaren Endes der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Horrorzahlen in Bezug auf die Arbeitslosigkeit, verlangte der freiheitliche Wirtschaftssprecher im Nationalrat, NAbg. Bernhard Themessl, die Anhebung der Freibeträge beim Dienstgeberzuschlag, der Kommunalsteuer und dem Dienstgeberbeitrag zum FLAF. Eine deutliche Anpassung würde vielen Arbeitgeberbetrieben helfen, denn auch hier schlägt die kalte Progression zu und eine Anpassung ist seit vielen Jahren ausgeblieben.

Größere Unternehmungen können nämlich leichter via Kurzarbeit, Bildungskarenz oder anderer Formen die Lohnkosten vorübergehend minimieren. Kleinbetriebe (bis 9 Mitarbeiter) haben diese Möglichkeiten - in diesem Ausmaß - nicht. Faktum

ist aber, dass weit mehr als 200.000 heimische Kleinbetriebe durch ihren permanenten und persönlichen Einsatz rund 550.000 Arbeitsplätze in Österreich sichern.

Die Politik - allen voran die Bundesregierung - hat in dieser schwierigen Zeit Voraussetzungen zu schaffen, die nicht nur der Großindustrie, sondern auch den kleineren Betrieben zur Verfügung stehen. Derzeit hat man den Eindruck, dass die Bundesregierung hierfür kein Ohr hat und sämtliche Maßnahmen an der Industrie ausgerichtet werden. Das wichtige wirtschaftliche Zusammenspiel zwischen Groß- und Kleinbetrieben wird politisch ausgehöhlt und Groß gegen Klein gegeneinander ausgespielt.

Wirtschaftsminister Mitterlehner und Sozialminister Hundsdoerfer



müssen endlich aufwachen und den Tatsachen in die Augen schauen. Die ständige Schönrederei ist nicht auszuhalten - jeder Arbeitslose ist einer zu viel! Es müssen umgehend effiziente und wirkungsvolle Maßnahmen gesetzt werden, damit die Beschäftigung auch in den Kleinbetrieben gesichert werden kann. Die Menschen in unserem Land haben ein Anrecht und einen Anspruch darauf, dass die Rahmenbedingungen angepasst werden und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Arbeitslosigkeit vorgegangen wird.

Heimliche Aufstockung des Bankenhilfspaketes um 5 Mrd. Euro

Gradauer kritisiert Missbrauch der Exportförderung durch Banken

"Während es für österreichische KMU's nach wie vor schwierig ist, Kredite von den heimischen Banken zu bekommen und mittlerweile viele Betriebe vom Zusperrern bedroht sind, werden immer mehr brisante Details des Bankenhilfspaketes bekannt", stellt der freiheitliche Budgetsprecher NAbg. Alois Gradauer, stellvertretender FPÖ-Landesparteiobmann in Oberösterreich fest.

Als "Verschaukelung der österreichischen Steuerzahler" bezeichnet Gradauer die Tatsache, dass die Banken die Zinsen für die erhaltenen Milliarden nur dann an den Staat bezahlen müssen, wenn Gewinne erwirtschaftet werden. "Diese Zinseinnahmen sind zwar im Budget der nächsten Jahre kalkuliert, werden aber höchstwahrscheinlich ausbleiben. Das wird

das Budgetdefizit nochmals um einige Milliarden vergrößern", befürchtet Gradauer. Darüber hinaus kritisiert Gradauer die klammheimliche Aufstockung des Bankenhilfspaketes um weitere fünf Mrd. Euro unter dem Deckmantel des Ausfuhrförderungsverfahrens.

Wie aus einer aktuellen Anfragebeantwortung des Finanzministers hervorgehe, haben einige Banken, allen voran die Raiffeisenbank, schon vor dem Bankenhilfspaket Geld vom Staat erhalten. "Das ist ein unglaublicher Skandal. Den Banken wird nicht nur durch das 100 Mrd. Euro schwere Bankenhilfspaket aus der selbst verschuldeten Misere geholfen, sondern auch die Exportförderung wird missbraucht, und den Banken nachgeworfen, obwohl diese über-



haupt nicht dafür gedacht ist, Spekulationsverluste abzudecken", stellte der freiheitliche Budgetsprecher verärgert fest. "Die FPÖ hat als einzige Partei gegen die Aufstockung des Haftungsrahmens für staatliche Garantien und Wechselbürgschaften bei Exportgeschäften von 45 Mrd. auf 50 Mrd. Euro gestimmt. Jetzt stellt sich heraus, dass dieses Geld nur für den Raiffeisenkonzern locker gemacht wurde", so Gradauer abschließend.

Resolution des Bundes RFW: Vertrauenskrise in die Politik verlangt nach Notgesetzgebung!

Das größte Problem im Land ist nicht die Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern die Vertrauenskrise in die Politik. Diese hat, wie das jüngste Beispiel Kurzarbeit zeigt, völlig versagt. Der Politik ist es nicht gelungen, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so zu stellen, dass diese rasch und effizient auf Krisen reagieren kann. Im Gegenteil - sinnlose Vorschriften, Normen und bürokratische Hindernisse haben die Wirtschaft zum Zuschauen verurteilt. Wirtschaftlich vernünftiges Handeln ist mit dieser Politik nicht mehr möglich!

Daher muss das Handeln wieder dorthin geführt werden, wo die Entscheidungen zu treffen sind - also weg von den Sozialpartnern und der Politik - und zurück in die Unternehmen! Denn genau dort wird der Überlebenskampf geführt. An dieser Front müssen die Entscheidungen getroffen

werden und nicht in den Tintenburgen der Verwaltung und der Politik.

Die Wirtschaft braucht eine Notgesetzgebung, die ihr erlaubt, „Unternehmerkiller Gesetze“, wie Kurzarbeit nur mit Behaltfrist, Basel II oder das starre Arbeitszeitgesetz, außer Kraft zu setzen, um gemeinsam mit allen Erwerbstätigen eine Überlebensstrategie für den betroffenen Betrieb maßgeschneidert umzusetzen.

Leider hat die Politik das Vertrauen der Wirtschaft enttäuscht und die Macht nicht im Sinne einer gesunden Volkswirtschaft eingesetzt. Sogar die gesunden Spielregeln des Marktes hat sie nicht verstanden, sondern so massiv beeinträchtigt, dass das gewachsene Wirtschaftssystem zusammenzubrechen droht. Wer mit Macht nicht umgehen kann, dem muss man sie wieder nehmen. Denn Macht ohne Vertrauen in die Fähigkeit der Macht-

haber kann fatale Folgen für die gesamte Gesellschaft und deren Wohlstand haben!

Wir können den Wirtschaftsstandort nur dann nachhaltig sichern, wenn wir die Sozialpartner sowie die Politik für die Dauer der Krise kareenzieren, damit nicht noch mehr Unheil angerichtet wird.

Daher verabschiedet der RFW-Bundesvorstand folgende
R E S O L U T I O N:

Aufgrund der nicht mehr reparierbaren Vertrauenskrise in die Politik verlangen wir vom Parlament den Beschluss eines Notgesetzes. Den Betrieben muss erlaubt sein, eigenständig und ohne Einfluss der Sozialpartner und der Politik, einzig und allein im Einvernehmen mit allen im Betrieb Betroffenen, maßgeschneiderte Überlebensstrategien zu treffen und umzusetzen.

Aufruf zum Ungehorsam gegenüber den völlig abgehobenen Gewerkschaftsbonzen!

Gewerkschaft entwickelt sich immer mehr zum Wirtschaftsstandort-Killer!



Der Abbruch der Verhandlungen des Verbands Druck und Medientechnik mit der GPA hat deutlich gemacht, dass der ÖGB kein Verhandlungspartner für die Wirtschaft sein kann und darf. Die völlig abgehobenen Gewerkschaftsbonzen erweisen sich nämlich mit ihren absurden Forderungen als die Killertruppe der Wirtschaft.

Bundesobmann Amann dazu: „Diese Leute, die die Gelder ihrer Mitglieder auf dem Altar der Heuschrecken geopfert und damit die ausländische Konkurrenz zum Nachteil der heimischen Arbeitsplätze gefördert haben, haben nichts mehr zu melden. Ihre absurden Forderungen sollen sie beim Salzamt einbringen, dort sind sie bestens aufgehoben. Mich als Unternehmer interessiert nicht, was für die GPA nicht verhandelbar ist. Ich rufe

zum Ungehorsam der Unternehmer gegenüber der Gewerkschaft auf und verlange erneut ein Notgesetz, das der Wirtschaft ermöglicht, mit Betriebsvereinbarungen handlungsfähig zu sein und der Krise zu trotzen.“

Die GPA hat weder etwas zu verlangen und schon gar nichts zu fordern. Sie sollen aus dem täglichen Wirtschaftsleben endlich verschwinden und jene die Krise bewältigen lassen, die davon etwas verstehen, nämlich die Unternehmen mit ihren Mitarbeitern. Die Sozialpartnerschaft ist tot, die Diktatur der Gewerkschaftsbonzen darf die Wirtschaft nicht weiter hinnehmen. Der Zweck heiligt die Mittel und der Erhalt des Wirtschaftsstandortes mit all den Arbeitsplätzen geht nur ohne diese abgehobenen und realitätsfremden Gewerkschaftsbonzen.

Saison macht Diebe

Fast ein Drittel der Firmen- und Geschäftseinbrüche geht auf organisierte Kriminalität zurück. Die Organisation dahinter sitzt z.B. in Rumänien, Georgien, Moldawien oder Ungarn. Oft wird tagelang genau ausgekundschaftet, wie sich ein Einbruch oder Diebstahl am besten bewerkstelligen lasse.

Wie z. B. vor kurzem in Vöcklabruck (OÖ.): Dort fiel Beamten der Diebstahlgruppe des Landeskriminalamts ein PKW mit zwei Insassen auf, die sich betont unauffällig in der Nähe eines Schmuckgeschäftes bewegten. Nach abenteuerlicher Verfolgungsjagd konnten die Verdächtigen in Wien und Ungarn festgenommen werden.

Insgesamt werden ihnen fünf Einbrüche in Juweliergeschäfte und mehrere PKW-Diebstähle mit einem Gesamtschaden von 450.000,- zur Last gelegt.

Wie kann man sich als Geschäftsinhaber schützen ?

Schäden durch Einbrüche lassen sich verhindern durch:

Mechanische Maßnahmen:

Sicherung der Türen und Fenster, aber auch der Schaufenster, Vitrinen etc. Schwachstellen sind oft Hoffenster, Oberlichter oder Kellerschächte sowie Hinter- oder Lieferanteneingänge.

Elektronische Maßnahmen:

Zur Überwachung außen und innen können Alarmanlagen, Glasbruchmelder, Lichtschranken, Bewegungsmelder usw. eingesetzt werden.

Schutz während der Geschäftszeiten:

Spiegel, Kameras zur Beobachtung des gesamten Geschäftsraumes, Warensicherungssysteme.

Eigenes Verhalten:

Oft wird der Schauplatz von den Tätern beobachtet, bevor eingebrochen



Foto: AXA Winterthur

wird. Hier sollte man jeden Verdacht ernst nehmen. Die Polizei kann die Verdächtigen zur Rede stellen und überprüfen, besser einmal zu oft als einmal zu wenig.

Daß der Bargeld- bzw. Kassenbestand möglichst niedrig gehalten werden soll und zum Beispiel während der Kassenabrechnung der Betrieb gesperrt sein sollte, ist selbstverständlich. Für Geldtransporte zur Bank (z. B. Nachttresoreinwurf) immer verschiedene Wege und Zeiten wählen.

Dokumentation für Versicherung

Wann haben Sie das letztmal Ihre Versicherungspolizze geprüft? Ist der Stand des Versicherungswerts noch aktuell? Gibt es eine ausrei-

chende Dokumentation über Waren und Einrichtung im Geschäft/Betrieb, um die Anzahl und den Wert gestohlener Ware der Versicherung glaubhaft darlegen zu können? Sind Seriennummern von Geräten notiert?

Alles Fragen, die man sich jedenfalls stellen sollte, bevor etwas passiert ist.

Übrigens: Viele zusätzliche Infos sowie alle Möglichkeiten zur Beratung findet man unter:

www.kripo-online.at, unter www.bmi.gv.at/cms/bk/praevention/ bzw. unter www.bundespolizei.gv.at/lpk/kriminalitaetsbekaempfung.asp



v.l.n.r.: Peter Neugebauer, LO-Stv. Bezirksobfrau Gabriele Karlinger, LO Dr. Erich Schoklitsch

Gründung der RFW-Bezirksgruppe Bruck/Leoben/Mürzzuschlag

Am 2. April 2009 fand im Beisein von Landesobmann Dr. Erich Schoklitsch die Gründung der Bezirksgruppe Bruck /Leoben/Mürzzuschlag des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender statt.

LO-Stv. Gabriele Karlinger wurde einstimmig zur neuen Bezirksobfrau, als ihr Stellvertreter wurde Peter Neugebauer und als Schriftführer Mario Spreitzhofer gewählt.

Für die Zukunft ist es für die neugewählte Obfrau vorrangig, Themen und Ziele zu definieren, wie beispielsweise die Stärkung von KMUs und EPUs in der Region durch nachdrücklichen Einsatz an den entsprechenden Stellen in Wirtschaftskammer und Politik.

Wirtschaftsstammtisch RFW-Graz unter dem Motto Banken- und Finanzkrise

Unter reger Anteilnahme referierte Stadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio über dieses brisante Thema auf Einladung des Bezirksobmannes Graz/Graz-Umgebung Christoph Hötzl und des Landesobmannes Dr. Erich Schoklitsch.

Mag. Eustacchio gewährte vor allem Einblick in die Bankenszene, in der er jahrelang tätig war.

Nach dem Referat kam es zu einer regen Diskussion, die die verschiedenen Sichtweisen über das wichtigste Thema unserer Zeit widerspiegelte.

Der Abschluss des Abends war einem gemütlichen Erfahrungsaustausch bei einem steirischen Buffet gewidmet.



Betriebseröffnung der Firma Pucher Installationstechnik GmbH



RFW-LO Dr. Erich Schoklitsch besuchte am 3. März 2009 anlässlich der Eröffnung der neuen Räumlichkeiten in der

Styriastraße 12a, 8042 Graz die Firma Pucher Installationstechnik GmbH. Die Firma Albert Pucher wurde im Jahr 1982 als Einzelbetrieb für die Errichtung und Installation von Gas-, Wasser- und Heizungsanlagen gegründet. Im Oktober 2001 erfolgte die Umwandlung des Einzelunternehmens in die Pucher Installationstechnik GesmbH. Am 1. 4. 2003 trat Herr Pucher seinen Ruhestand an und übergab die Firma an seine Tochter, Frau DI(FH) Hildegard Zöttel.

Das Leistungsspektrum des Unternehmens umfasst die Planung und Ausführung von Heizungs- und Sanitäranlagen aller Art. Gemeinsam mit den Partnerfirmen ist es der Firma auch möglich, Klima-, Elektro- und Lüftungsanlagen in ihr Angebot einzubeziehen.

Landesobmann Dr. Erich Schoklitsch wünscht im Namen des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender der Geschäftsführerin DI Hildegard Zöttel für die Zukunft alles Gute.

Das "Who is Who" der WK-Steiermark am Tag der offenen Tür des RFW!



Der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender Steiermark bereitet sich intensiv auf die Wahl zur Steirischen Wirtschaftskammer 2010 vor. Dazu gehörte es auch räumlich näher an das Geschehen der Wirtschaftskammer heranzurücken, um auch verstärkt örtliche Präsenz zu zeigen.

Das neue Domizil des RFW in 8010 Graz, Grabenstraße 75 liegt nur unweit davon entfernt. Der RFW ist nunmehr „auf Sichtweite“ und auf Augenhöhe zur bisher dominierenden Fraktion in der Steirischen Wirtschaftskammer, dem ÖVP-nahen Wirtschaftsbund.

Die Einweihung der neuen Räumlichkeiten fand am 20. März 2009 statt, bei dem zahlreiche Gäste aus allen politischen Lagern vom RFW-Landesobmann Dr. Erich Schoklitsch begrüßt wurden. LO-Schoklitsch vermerkte in einem Interview, dass die wirtschaftlichen Zeiten keinen Grund zum Jubeln bieten. Dringend notwendig ist, dass die ver-

sprochenen Konjunkturpakete endlich in die Praxis umgesetzt werden und die dafür notwendigen Mittel in den Wirtschaftskreislauf fließen.



v.l.n.r.: BGF Ernst Lengauer, LGF Isabella Größing, LO Dr. Erich Schoklitsch, Alois Riemer, Anita Reinsperger-Müllebnner, Hana Basic



Kommerzialrat

Verleihung des Titels Kommerzialrat an Norbert Drobesh

Norbert Drobesh wurde vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit der Berufstitel „Kommerzialrat“ verliehen und das Dekret durch den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Josef Ostermayer überreicht. Seit 1974 führt er einen gesunden Kleinbetrieb in Spielberg. Durch sein Engagement konnten vor allem zahlreiche Beschlussfassungen über den Ausbau der kommunalen Dienstleistungen zum Wohle der klein- und mittelständischen Wirtschaft gefasst werden. LO Dr. Erich Schoklitsch gratulierte Kommerzialrat Norbert Drobesh im Rahmen einer Feier zur hohen Auszeichnung.

Technischer RAT

Verleihung des Titels Technischer Rat an Dipl.-Ing. Meinhard Lesjak

Der Bundespräsident hat Herrn DI Meinhard LESJAK, Geschäftsführer der Bau-Pilz GmbH und geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe Paltentaler Mineralwerke sowie der IPUS Industrie- Produktions- und umwelttechnisches Service GmbH in Rottenmann, den Berufstitel "Technischer Rat" verliehen.

DI Meinhard Lesjak hat strategisch gut aufgestellte und weiterhin Erfolg versprechende Unternehmensbereiche mit ca. 200 Mitarbeitern geschaffen, die sowohl in der

Mitarbeiterentwicklung als auch im Forschungs- und Entwicklungsbereich (Fast Forward Sieger) beispielgebende Akzente in der Kategorie von Klein- und Mittelbetrieben gesetzt haben.





Kommentar Komm.Rat Winfried Waibel

Ist die Politik wirtschaftspolitisch überhaupt noch handlungsfähig?

In den 90er Jahren gab es die Insolvenz des Konsums. Führung und Aufsichtsrat waren dort ausschließlich in roter Hand. Tausende Mitarbeiter brauchten einen neuen Arbeitsplatz, ganze Pakete von Einkaufsstellen gingen an ausländische Investoren und abertausende Gewerkschaftsmitglieder haben ihre Genossenschaftsanteile verloren. Vom kleinen Gemüselieferanten bis zum Großkonzern mussten die Gläubiger auf 60 % ihrer offenen Forderungen verzichten. Das offizielle Österreich schwieg dazu.

Die BAWAG -Spitze spekulierte und verlor dabei Milliarden. Über politische Verbindungen zu Zeiten, als man eigentlich pleite war, hatte man mit Geld, das man eigentlich gar nicht mehr hatte, die PSK Bank mit lukrativen Beteiligungen (Nationalbank, Casino Austria und Lotterie), die man dann nach oben neu bewertete, um überhaupt bilanzieren zu können, übernommen. Wie damals schief das offizielle Österreich, als die dann schwer angeschlagene BAWAG an eine – ach so verteilte Heuschrecke – verkauft wurde. Selbst der ÖGB musste um sein Überleben zittern. Dabei waren die ÖGB- Spitzenfunktionäre jahrzehntelang Aufsichtsratsvorsitzende der BAWAG.

Aber das war nicht alles. Das Flag-

schiff der österreichischen Banklandschaft, die Bank Austria wurde ebenfalls ein Opfer der Politik. Entstanden aus der Zentralsparkasse der Stadt Wien und der schwer angeschlagenen Länderbank, damals schon mit Steuermilliarden mit Einfluss der roten Reichshälfte saniert und gegen den Willen der bürgerlichen Reichshälfte mit der CA fusioniert und damit mit mehr als 300 Industrie-, Tourismus und Bankenbeteiligungen für ausländische Investoren interessant gemacht, wurde dieses Riesenpaket an österreichischem Familiensilber an die Hypo Vereinsbank verscherbelt. Großaktionäre, wie die Stadt Wien, die Wiener Städtische oder Wüstenrot wurden mit einem Aktientausch bezahlt.

Und dann der Überhammer: Diese Aktien verloren innerhalb eines Jahres rund 2 Mrd. Euro an Wert und tausende Kleinaktionäre sind mit ihrer Altersvorsorge –Absicherung baden gegangen.

Und was unternahm das offizielle Österreich? Man kämpfte gegen den Kauf von 24 Abfangjägern, die unter roten Bundeskanzlern bestellt wurden, deren Anschaffungspreis weit unter den Aktienverlusten aus dem Bank Austria Deal war.

Trotz der Tatsache, dass Österreichs Spitzenbanker aus der CA-BV auch im Vorstand der Hypo Vereinsbank saßen, war ihnen offenbar nicht bekannt, dass diese Bank selbst schwer angeschlagen war und zum Überleben an die italienische Unicredit verkauft werden musste. Bemerkenswert dabei, dass die Unicredit, um überhaupt positiv bilanzieren zu können, auf die Überschüsse aus dem Geschäftsbereich der Bank Austria angewiesen war.

Ein Flug zu einem der Drahtzieher des Deals, der nun in Kanada weilt, und seine Befragung könnte Aufschluss geben. Ich meine, ein Zwang zum Verkauf der Bank Austria war demnach offensichtlich nicht gegeben. Wer hatte also ein Interesse daran? Bis zur Klärung dieser Frage gilt für alle natürlich die Unschuldsvermutung.

Das wären Dinge, für die sich unsere Politiker interessieren sollten. Das wären Themen für das offizielle Österreich, schließlich geht es dort auch um Steuermilliarden. Man könnte Bücher darüber schreiben. Aber selbst, wenn es jemand tun würde, wer hätte wirklich Interesse daran?

Grüne wollen höhere Steuern

Die derzeitige hohe Steuerlast für Unternehmen ist den Grünen offenbar noch nicht genug. Sie wollen nicht nur neue Steuern einführen, sondern auch bestehende erhöhen.

So sollen – geht es nach den Grünen – die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden, ebenso die Erbschaftsteuer und die Schenkungssteuer. Dazu gibt es auch schon konkrete

Vorschläge, die besonders kleine Betriebe belasten würden.

Wer z. B. ein Haus mit Werkstatt (Wert gesamt rund 300.000,-) hat, müsste mit mindestens 1.500 Euro neuer Steuer rechnen.

Die weiteren Belastungsideen der Grünen:

PKW-Maut auf allen Straßen einführen – Vorschlag rund 3 Cent pro km:

für einen Handelsvertreter mit einer Fahrleistung von 35.000 km wären dies mehr als 1.000 Euro Zusatzbelastung.

Auch die LKW-Maut soll erhöht werden, detto die Abgaben auf Diesel, Erdgas, Erdöl, Kohle und auf Strom. Allein die Zusatzbelastung der Autofahrer und Frächter würde mehr als 3.000 Millionen Euro ausmachen.



Netzwerken

„Achtung Falle! Sie halten sich immer im selben Kreis von Gleichgesinnten auf und suchen erst dann andere Kontakte, wenn frau sie benötigt.“

So beginnt der wohlmeinende Ratschlag des business frauen center zum Thema Netzwerken. Was „Netzwerken“ eigentlich ist, wird dann schnell in einem Satz erklärt: „Manche Menschen kennen einfach immer jemanden, der ihnen weiter hilft.“

Naja, jetzt wissen wir's. Um's mit Verona zu sagen: Da werden Sie geholfen.

Allerdings: Kleine Unterschiede gibt's schon. Die Freunde und Helfer des Herrn Elsner haben eine bzw. zwei Millionen geboten, leider zu wenig, um ihn aus dem Häfn zu holen. Julius M. der Fünfte organisierte sich aus seinem internationalem Netzwerk in rekordverdächtiger Zeit 100 Millionen und war nach 2 Tagen aus dem Knast heraußen. Vielleicht sollte sich der unter chronischem Finanzmangel leidende Minister Pröll auch nach einem solchen Netzwerk umsehen.

Wobei der nach außen bieder wirkende Bauernbündler nicht nur dank seines Onkels ohnehin viele – wie sagt man korrekt? – persönliche Beziehungen hat, die ihm „wei-



Foto: Karin Passmann / Pixello.de

ter helfen“. Man stellt sich halt gern gut mit einem Mächtigen und vom hochgepriesenen Netzwerk zur mit Faßgeruch ausgestalteten Freunderlwirtschaft ist oft nur ein kleiner Schritt. Und letztere, die Freunderlwirtschaft, kommt derzeit besonders weit herum in Österreich.

Noch vor wenigen Jahren lancierte der Altlinke Josef Cap eine scharfe Anfrage an den damaligen Finanzminister. Titel: Freunderlwirtschaft statt Wirtschaftspolitik.

Und heute? Heute sitzt der Cap mit in der Kuschelkoalition. Freunderlwirtschaft? Nie gehört.

Eben, ist doch alles Netzwerken, meint

Ihr
Agilus

„Bemerkenswert“

Zitate

Startschuß für neues Durst-Forschungszentrum.

Leicht irreführende Schlagzeile, es geht nämlich um eine Investition der Firma Durst-Phototechnik.

FKK-Geländer am Wörthersee wird Naturschutzgebiet.

ORF-Ticker Schlagzeile. Frage nur: wie hoch ist das Geländer?

Aktuelle Events: 2.6.09: Landesleitungssitzung

Ankündigung auf der Website des roten Wirtschaftsverbandes
Was halt alles ein Event ist

„Lieber Roland Kotz, äh Koch ...“
Freudscher Versprecher Angela Merkels beim CDU-Parteitag

„Ich bin wie ich bin. Die einen kennen mich, die anderen können mich.“
Konrad Adenauer

Werben um Schas.

Ebenfalls leicht irreführende Titelzeile eines Kommentars in der FAZ zur Regierungsbildung in Israel.

Nun hebt und senkt man das obere Bein, ohne es zwischendurch abzulegen.

Aus der Trainingsanleitung „Klug + Fit“ des Unterrichtsministeriums. Bloß: Wie legt man ein Bein ab?

Es wird herzlich gebeten die Männer gesetzt zu pissen.

Hinweis auf der Toilette des Rifugio Chierego, Malcesine/Italien

Sich aufs *Glück*

verlassen oder mitbestimmen?

Sie arbeiten und arbeiten und verlassen sich voll auf andere, daß die ihre Brancheninteressen richtig vertreten. Reine Glückssache, könnte man meinen. Bestimmen sie doch aktiv mit, was passiert!

Wenn Sie neue Ideen für die Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Ihrer Branche haben und diese auch umsetzen wollen, **dann** engagieren Sie sich doch bei uns als **Kandidat** für die Wirtschaftskammerwahl 2010..

Sie sind bei uns noch lange kein Mitglied einer Partei, sondern es geht um Ihr Unternehmerleben. Handeln Sie jetzt und senden Sie uns untenstehenden **Abschnitt** oder eine E-Mail!



Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RFW) - Steiermark, Grabenstraße 75, 8010 Graz
Tel.: 0316/773350, Fax 0316/773350-55; office@rfwstmk.at, www.rfwstmk.at

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber: Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RFW), Landesorganisation Steiermark, ZVR-Nr.: 028215420, 8010 Graz, Grabenstraße 75, zugl. Anschrift Redaktion, Verwaltung, Anzeigen. Druck: Wiesinger, Wels.
Offenlegung (gemäß §25 Mediengesetz): Medieninhaber ist der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreiber, Landesgruppe Steiermark (100 %), 8010 Graz, Grabenstraße 75.
Vereinszweck (gem. Satzungen): Der RFW vereinigt Selbständige oder in leitender Stellung Erwerbstätige in der gewerblichen Wirtschaft und in den freien Berufen zum Zwecke der Durchführung wirtschaftspolitischer Aufgaben und zur gegenseitigen Unterstützung und Förderung. Richtung: Information über Politik und Wirtschaft aus freiheitlicher Sicht im Sinne der Satzungen des RFW.
Landesvorstand: Landesobmann: Dr. Erich Schokliitsch, Stellvertreter: Ing. Hermann Freitag, Gabriele Karlinger, Komm.Rat Gerhard Köhldorfer, KR Franz Koller; weitere Landesvorstandsmitglieder: Peter Brucker, Josef Franz Ecker, Mag. Richard Erlbacher, LIM Robert Glauningner, Christoph Hötzl, Heinz Jelinek, Anton Kogler, Andreas Mauerhofer, Werner Josef Pflingstl, Josef Riemer, Bernhard Rößl, Helmut Schuppensteiner, Ing. Friedrich Schlegl, Barbara Stefan, Dkfm. Kurt Stopper;

- Ich möchte für meine Branche bei der Wirtschaftskammerwahl 2010 kandidieren, nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
- Ich möchte dem RFW beitreten
- Schicken Sie mir Informationen

Name.....

Telefon.....

E-Mail.....

An den
**Ring Freiheitlicher
Wirtschaftstreiber**
Grabenstraße 75
8010 Graz